

Haushaltsrede 2023
„Löhne ist Pleite. Punkt.“
am 22. März 2023

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

„Löhne ist Pleite. Punkt.“

Mit dieser Erkenntnis könnten wir die Haushaltsberatungen nun eigentlich auch schon abschließen, denn in der freien Wirtschaft wäre dies der Punkt an dem das Insolvenzverfahren vom zuständigen Amtsgericht eröffnet wird. Daran ändert auch die Schönfärberei bei der Einbringung des Haushalts vor vier Wochen oder in der heutigen Sitzung nichts mehr. Wie sehr man aber auf schöne Sonntagsreden bedacht ist, zeigte sich im NW-Artikel über die SPD-Klausurtagung vom Montag. Da wird nur in einem Halbsatz erwähnt, dass es wohl „Finanzierungsprobleme“ gibt, was aber an Corona und dem Ukraine-Krieg liegt und natürlich am Bund und dem Land NRW, die kein Geld geben. Frei nach dem Motto: „Glück gehabt, sind mal wieder alle anderen schuld, nur wir nicht.“ Dann holt man sich mit Bürgermeister, dem Baudezernenten und der Kämmerin die gesamte Verwaltungsspitze ins Haus, um über Fahrradstraßen zu schwadronieren? Herr Kollege Böhm, Sie hätten den einzigen engagierten Radfahrer in Ihrer Fraktion mal machen lassen sollen, dann hätten alle vier Fraktionen vor zwei Wochen einen schönen gemeinsamen Antrag einreichen und bald beschließen können. Stattdessen wird derjenige erst einmal schön zurück ins Glied gepresst. Apropos, schön... Schön fand ich auch Ihren Satz, dass es „...um Löhne, die aufstrebende und lebenswerte Stadt [geht].“ Dummerweise haben Sie nur ein Adjektiv vergessen. Richtig muss es heißen, dass es „...um Löhne, die aufstrebende, lebenswerte und nahezu insolvente Stadt [geht].“ „Insolvent“ ist hier das Zauberwort. Oder der SPD-Kollege Falkenstern, der gestern in einem NW-Artikel von der 75% Förderung für eine Radstation träumt. Auch wieder „schön“, aber was nutzt das, wenn wir kein Geld für die letzten 25% der Investition haben.

Dabei brauchen Sie noch nicht einmal in die Tiefen des Haushalts abzutauchen, denn bereits bei der Betrachtung des Ergebnisplans stehen ordentliche Erträge von 109 Millionen Euro, ordentlichen Aufwendungen von 122 Millionen Euro gegenüber, so dass sich hier ein Minus von 12,9 Millionen Euro ergibt. Was aber noch viel interessanter wie diese drei Zahlen an sich, ist die Entwicklung in den letzten drei Jahren von 2021 bis 2023. Hier hat es die Verwaltung geschafft, das ordentliche Ergebnis von plus 1,8 Millionen Euro im Jahr 2021 in ein Minus von 12,9 Millionen zu verwandeln. Das ist eine Differenz von 14,7 Millionen Euro; und dass innerhalb von nur drei Jahren. Eins muss an dieser Stelle deutlich werden, dieses Minus von 12,9 Millionen Euro ist das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Alles was nun noch kommt, sind Korrekturen über das Finanzergebnis sowie außerordentliche Erträge.

Ähnlich kurios verhält es sich im Bereich des Finanzergebnisses des Haushalts. Hier weißt der Haushaltsplan 2023 nun ein positives Ergebnis von 2,1 Millionen Euro gegenüber 1,5 Millionen Euro im Jahr 2021 aus. Werden hier die Finanzerträge betrachtet, fällt auf, dass diese von 2,4 Millionen Euro in 2021 auf 3,8 Millionen in 2023 wachsen. Dies entspricht einem Zuwachs von 1,4 Millionen Euro bzw. 58% in drei Jahren. Meine Damen und Herren, das sind Zahlen, davon träumt jeder Investmentbanker.

Werden nun noch außerordentliche Erträge in Höhe von 2,5 Millionen hinzugerechnet, ergibt sich ein Haushaltsdefizit von „nur noch“ 8,2 Millionen Euro, welches hier als geplantes Jahresergebnis präsentiert wird. Im gleichen Atemzug wird dann erklärt, dass dieser Verlust zum Glück noch mit Rückstellungen ausgeglichen werden kann, so dass „...man hier zu einem satzungskonformen Haushalt kommt.“ Meine Damen und Herren, um es klar zu sagen, hier werden die letzten Rückstellungen der Stadt Löhne im laufenden Haushalt verplant, ohne dass es hier einen entsprechenden Gegenwert z.B. über den Erwerb, die Sanierung oder den Neubau von Immobilien, Straßen oder sonst etwas gibt. Kurz gesagt, das Geld wird im laufenden Haushalt verbrannt.

Und wo wir gerade bei den Rückstellungen der Stadt Löhne sind, ist eine Aussage der Kämmerin Frau Linnemann bei der Einbringung des Haushalts am 22. Februar 2023 umso bemerkenswerter. Vor vier Wochen sagte sie, ich zitiere „...können wir die Rückstellungen in den Jahren 2023, 2024 und 2025 aufbrauchen und kommen dann 2026 in die Überschuldung.“ Ein Halbsatz, der als Kämmerin und in Vertretung für den Bürgermeister wahrscheinlich so nicht gesagt werden sollte, aber er bestätigt meinen Eingangssatz: „Löhne ist Pleite.“ Und wenn wir jetzt nicht drei Jahre lang die letzten liquiden Mittel aufbrauchen würden, wären wir hier und heute pleite. Frau Linnemann, ich danke Ihnen für die Deutlichkeit Ihrer Ausführungen, die unsere Auffassung hier bestätigt. Ich hoffe, Sie haben dies auch während der SPD-Klausurtagung so deutlich gesagt.

So, und damit kommen wir nun zu den Ideen der Verwaltung etwas gegen diese drohende Insolvenz zu tun. Kosten sparen? Schauen, welche Transferaufwendungen eventuell nicht mehr in voller Höhe zahlen muss? Sprich auf der Aufwands- und Ausgabenseite einmal schauen, was dort eingespart werden kann. Oder an welcher Stelle bekommt man zukünftig mehr Output für das was die Stadt dort bezahlt? Wie wäre es mit der Kreisumlage in Höhe von fast 26 Millionen Euro. Frage: Was bekommt die Stadt Löhne eigentlich für 26 Millionen Euro vom Kreis? Rechnet man diese Summe mal nur in Gehälter um, finanziert die Stadt Löhne damit die Jahresgehälter von fast 600 Mitarbeitern. Was tun diese denn für Löhne? Sprich: Was bekommen die Löhner Bürgerinnen und Bürger für 26 Millionen Euro? Ein Krankenhaus in Herford, dass seit Jahren nicht aus den negativen Schlagzeilen kommt... eine Kreisfeuerwehr...schön und gut. Und sonst? Der Neubau der „August-Griese“ Schule. Der soll 40-50 Millionen Euro kosten. Sprich, könnten alle zwei Jahre ein solches Bauwerk finanzieren und damit schneller für Finanzierungen sorgen, wie die Bauunternehmer bauen könnten.

Wie gesagt, die Aufwandsseite birgt wirklich Potential für Kostensenkungen bzw. Steigerungspotential in dem was Löhne für sein Geld bekommt. Aber wieso sollte man dies tun? Dann müsste man sich ja anstrengen; im Extremfall sogar in Konflikte hineingehen und sogar Streit haben. Nein, wie kann man denn nur auf solche Gedanken kommen? Da ist es doch viel besser, es wird an der Ertragsseite etwas gedreht und vor allem dann an der Stelle, wo sich der Gegenüber am wenigsten wehren kann.

Also, schauen wir doch mal welche Stellschrauben es dort gibt... eigentlich sind es nur vier nennenswerte Quellen aus den überhaupt Erträge in die Stadtkasse kommen. Die Gewerbesteuer mit 34 Millionen Euro und einem Anteil 50 % sicherlich der größte Einzelposten, aber sollte an der Gewerbesteuerschraube gedreht werden, schaut sich das ein oder andere Unternehmen sicherlich nach einer steuerlichen Gestaltungsmöglichkeit um. Also keine gute Idee. Kommen wir mit 20 Millionen Euro bzw. 30 % Anteil zum zweitgrößten Einzelposten, dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer. Mit dem Bund verhandeln, ob die Stadt etwas mehr bekommt, ziemlich aussichtslos. Gleiches gilt auch für den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer in Höhe von 3,4 Millionen Euro. Damit fallen auch diese zwei Positionen weg und es bleibt nur noch: Die Grundsteuer mit einem Aufkommen von 7,5 Millionen Euro. Und hier vereinigen sich für die Verwaltung nun mehrere positive Punkte. Erstens ein hohes Aufkommen, zweitens die Grundsteuer kommt voll der Stadt zugute, drittens Grundstückseigentümer ziehen sicherlich nicht wegen der Grundsteuer aus Löhne weg und viertens hat man viele tausend Einzelbetroffene, die kein machtvolleres Gegengewicht darstellen.

Und so wurde dem Rat bei der Haushaltsvorstellung am 22. Februar 2023 als einzig probates Mittel zur Verbesserung der Haushaltssituation die Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer präsentiert. Um wieviel? 3 %, 4% oder 5 Prozent? Nein, um satte 17 % ausgehend vom heutigen Hebesatz in Höhe von 490 %. Aber auch Konrad Adenauer wusste schon „Alles, was die Sozialisten vom Geld verstehen, ist die Tatsache, dass sie es von anderen haben wollen.“ Meine Damen und Herren, dem ist nichts hinzuzufügen und die Tatsache, dass der Verwaltung nichts Besseres einfällt, wie eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes um fast 20 % zeigt, wie wahr dieser Ausspruch auch heute noch ist.

Eins muss uns allen damit ebenfalls klar sein: Damit sollen lediglich die Löcher in den Haushalten der nächsten Jahre gestopft werden. Das wirklich große Problem der Verschuldung wird damit nicht angegangen. Zu dem enormen Schuldenstand den Löhne bereits hat, kommen noch einmal ca. 20 Millionen Euro aus der Corona-Zeit. Schauen Sie doch mal auf Seite 57 aus Band II des Haushaltplans; eine der wichtigsten Seite des gesamten Entwurfs. Dort steht der Stand der Kreditverbindlichkeiten und man kann lesen: Erstens, voraussichtlicher Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 2023 = 35,9 Millionen Euro. Zweitens, voraussichtlicher Stand zum Ende des Haushaltsjahres 2023 = 56,8 Millionen Euro.

Hier wird zwar immer vollmundig erklärt, dass der Corona-Schaden „isoliert“ werden konnte, aber durch das Umbuchen auf eine andere Kostenstelle verschwinden die Schulden des Unternehmens „Stadt Löhne“ nicht, sie bleiben. Ferner wird dann durch die Verwaltung, dies dann aber nur noch im Nebensatz, erklärt, dass diese Verbindlichkeiten über die nächsten 50 Jahre abgetragen werden können. Heißt im Klartext: Für die nächsten 50 Jahre steht in jedem Haushalt ein Einzelposten in Höhe von 400.000,- Euro mit dem unsere Kinder und Enkelkinder belastet werden. Stellen Sie sich einmal vor, man hätte während des 1. Weltkriegs und der damit verbundenen Ölkrise von 1973 so agiert. Dann würden wir heute im Jahre 2023 die letzte Rate tilgen. Vollkommen unverantwortlich. Und warum das alles? Nur, um den Bürgerinnen und Bürgern heute zu erzählen, dass doch alles gar nicht so schlimm sei. Ach ja, in zwei Jahren ist ja wieder Wahl. Nein, so funktioniert das nicht. Wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern die Wahrheit sagen und zwar heute.

Zu dieser Wahrheit gehört neben der drohenden Insolvenz, nein, nennen wir es lieber etwas positiver Überschuldung auch, dass sich die Stadt viele Investitionen und Services in Zukunft nicht mehr leisten können. Damit wären wir dann auch bei wirklichen Großprojekten wie der Innenstadtgestaltung oder aber auch dem neuen Schwimmbad.

Mit der Sanierung der Schulen, siehe hier beispielsweise die gerade fertiggewordene Grundschule in Obernbeck, der Innenstadtgestaltung im Rahmen des ISEK-Programms und dem Umbau des Bahnhofs wurden in der vergangenen Haushaltsperiode 2021/22 mehrere Großprojekte in der Stadt angeschoben. Das war auch gut so und wir haben als CDU-Fraktion dies auch mitgetragen. Zur Wahrheit gehört aber nun auch, dass dies in Zukunft so nicht weitergehen kann.

Da steht die Sanierung der Grundschule Löhne-Ort an. Ein Projekt, dass wir als CDU-Fraktion ausdrücklich befürworten und hinter dem wir voll und ganz stehen. Aber dann kommt die erste Kostenschätzung in den Ausschuss und es steht ein Investitionsvolumen von 11,2 Millionen Euro an. Selbstverständlich muss die Schule saniert werden, ohne jede Frage, aber es muss auch noch finanzierbar sein und es lässt sich vielleicht nicht jeder Wunsch erfüllen, den man gern erfüllt haben möchte. Deshalb fordern wir von der CDU-Fraktion einen Maximalbetrag bei dem das Projekt gedeckelt wird und zwar so, dass die Schülerinnen und Schüler gute Lern- und Unterrichtsbedingungen bekommen, aber die Finanzierbarkeit gewahrt bleiben muss.

Nun aber zum größten Einzel-Investitionsprojekt der nächsten Jahre, wahrscheinlich des nächsten Jahrzehnts: Dem neuen Hallen- und/oder Freibad. Einem Projekt bei dem wir uns aufgrund der in den letzten zwei Jahren stark gestiegenen Baupreise sicherlich schnell in einem Investitionsvolumen von über 30 Millionen evtl. sogar über 40 Millionen Euro oder mehr bewegen werden. Ein Projekt, welches seit Jahren in der Pipeline ist, bei dem die Stadt schon viel weiter evtl. sogar schon im Bauen hätte sein können. Dadurch hätte sich die Stadt nicht nur Finanzierungszinssätze in Höhe von 1 bis 2 % sichern können, sondern auch geringere

Baukosten aufgrund der niedrigeren Materialpreise gehabt. Schauen wir einmal auf die Zinsen, gehen von einer Investition von 30 Millionen Euro aus und schreiben diese großzügig wie ein Gebäude über 30 Jahre ab. Bei einem Zinssatz von 1,3 % (Stand Februar 2022) wären die Zinszahlungen in Höhe von 6.900.000,- Euro bei einer monatlichen Belastung (Zinsen + Tilgung) von 102.000,- Euro gewesen. Heute Stand März 2023 beträgt der Zinssatz für diese Projekte 4,83 %. Nun sind die Zinszahlungen in Höhe von, ich hoffe, Sie alle sitzen bequem, 27.870.000,- Euro bei einer monatlichen Belastung von 161.000,- Euro. Das bedeutet, dass die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt das Lamentieren und Verzögern dieser Stadtverwaltung allein mit 21 Millionen Euro Zinsen an Banken bezahlen. Selbstverständlich kommt von Ihnen nun das Argument: Wir können doch Förderungen beantragen, bekommen einen Großteil gefördert und dann ist doch alles gut. Und wer finanziert das Geld in den Fördertöpfen? Richtig, die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und damit auch wieder die Löhner Bürgerinnen und Bürger.

Und anstatt bei dieser Großinvestition tätig zu werden, beharrt die Verwaltung auf Ihrer „Machtbräsigkeit“ und lässt alles laufen. Wir alle können uns noch gut daran erinnern, wie man Herrn Altenburg und Burkhard Schröder hier im Sportausschuss hat frontal aufeinander krachen lassen und statt zu einer Lösung zu kommen, gab es einen Totalschaden. Anschließend müssen sich die Fraktionen hinsetzen, inhaltliche Anträge zur Gestaltung des Schwimmbads ausarbeiten und damit die Arbeit der Verwaltung übernehmen. Nun gibt es mehrere Anträge, von denen beispielsweise der Antrag der CDU-Fraktion und der des SC Aquarius sowie der DLRG inhaltlich so gestaltet sind, dass man im Rahmen eines gemeinsamen Dialogs sicherlich schnell zu einer Lösung käme und damit entscheidungsfähig wäre. Nein, stattdessen beauftragt die Verwaltung einen Gutachter, der nun feststellen soll, welches Konzept das Günstigste und welches das Teuerste sein könnte. Das muss man sich bitte einmal vorstellen: Die Stadt beauftragt einen Gutachter, der übrigens wieder mehrere zehntausend Euro kostet, um festzustellen, dass ein Hallenbad mit 4 Bahnen wohl kleiner und damit billiger wird, wie eines mit 6 Bahnen und wiederum eins mit 8 Bahnen. Meine Damen und Herren, das ist etwas, das sagt Ihnen der gesunde Menschenverstand; nur die Verwaltung benötigt dafür wieder einen Gutachter. Vor was haben Sie eigentlich Angst? Eine Entscheidung zu treffen? Oder wovor?

Und nun präsentieren Sie uns diesen Haushalt. Ein Haushalt, der klar macht „Löhne ist Pleite“. Warum informiert man alle hier anwesenden Ratsmitglieder nicht früher? Warum sagen Sie uns nicht: „Liebe Ratsmitglieder, wir haben nur x Millionen Euro zur Verfügung. Auf dieser Basis müssen wir planen. Vieles wäre schön, aber leider haben wir das Geld dafür nicht.“ Das wäre offen, transparent und ehrlich. Was macht die Verwaltung stattdessen? Bestellt einen Gutachter nach dem anderen, lässt den Rat völlig im Unklaren, lässt die Parteien und Vereine Konzepte ausarbeiten... und jetzt stehen wir hier, „April, April“. Wir haben gar kein Geld, um das überhaupt zu bezahlen. Was soll das? Was glauben Sie eigentlich, wie wir uns als gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Löhner Bürgerinnen und Bürger hier vorkommen?

Leider hat die Verwaltung die Finanzen der Stadt in eine Richtung entwickelt, in der es nun überhaupt keinen Sinn mehr macht, über 1.000 oder 2.000 Euro an der einen oder eine halbe oder eine ganze Planstelle für Mitarbeiter an einer anderen Stelle zu diskutieren. Das ist alles aktives Mikromanagement und bringt die Stadt aus dem Gesamtdilemma nicht heraus. Es ist nun an der Zeit über das große Ganze zu reden, sprich welche Erträge können sinnvoll gesteigert werden und welche Aufwendungen können zurückgefahren werden, um wieder zu einem soliden Haushalt zu kommen.

Stattdessen muss aber hier in Summe festgehalten werden, dass der Haushalt 2023 sowie die Planungen für die Folgehaushalte von den Prinzipien „Schulden machen“ und „Hoffnung“ geprägt sind. Dies können wir seitens der CDU-Fraktion so nicht mittragen und **lehnen den Haushalt deshalb in der vorliegenden Form ab.**

Stattdessen sollten wir uns lieber schnellstens darum kümmern den Haushalt zu konsolidieren und ihn wieder auf solide Füße zu stellen. Nun haben aber der Bürgermeister und die Verwaltung mit der Vorlage dieses Haushalts bewiesen, dass sie an einer soliden Haushaltsführung kein Interesse hat und die Rückzahlung der Schulden lieber unseren Kindern und Enkelkindern überlässt. Aus diesem Grund muss die Politik an dieser Stelle eingreifen und wie Bürgermeister Bernd Poggemöller bereits in der Haupt- und Finanzausschuss am 24. Nov. 2021 sagte, seiner Funktion „...als oberste kommunale Aufsichtsbehörde...“ gerecht werden und die Verwaltung zu einer nachhaltigen Haushaltsführung anleiten.

Um dieses zeitnah realisieren zu können, beantragt die CDU-Fraktion hiermit die sofortige Einsetzung eines Ausschusses Haushaltskonsolidierung, in dem Verwaltung und Politik gemeinsam Strategien mit dem Ziel erarbeiten, mittelfristig wieder einen strukturell ausgeglichenen städtischen Haushalt aufzustellen, der nicht von „Schulden machen“ und „Hoffnung“ geprägt ist. Deshalb lassen Sie uns als Politiker diese Verantwortung übernehmen, um somit nicht nur für dieses Jahr, sondern auch für die kommenden Jahre eine solide Haushaltspolitik zu gewährleisten und unseren Kindern somit mehr zu hinterlassen wie einen Schuldenberg.

Ich danke Ihnen.